

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2018/201384]

**26. FEBRUAR 2018 — Programmdekret 2018**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL 1 — Personenbezogene Angelegenheiten*

*Abschnitt 1 — Gesundheit*

**Artikel 1** - In Artikel 2 Absatz 1 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention wird das Wort "zwei" durch das Wort "fünf" ersetzt.

**Art. 2** - Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 4 - Förderung von Pilotprojekten

§ 1 - Die Regierung kann unter den im Rahmen einer Konvention mit einem Projektträger festgelegten Bedingungen Pilotprojekte für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Bei diesen Pilotprojekten handelt es sich um innovative Angebote in der Gesundheitsförderung.

Um gemäß Absatz 1 gefördert werden zu können, bewegen sich die Pilotprojekte im Rahmen des in Artikel 2 erwähnten Konzeptes und entsprechen den von der Regierung festgelegten Schwerpunkten.

Die aufgrund von Artikel 3 bezuschussten Einrichtungen und Organisationen können nicht Träger eines Pilotprojektes sein.

§ 2 - Der Antrag für die Förderung eines Pilotprojektes wird zur Bewilligung beim für das Gesundheitswesen zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht und enthält folgende Angaben:

1. Identität und Statut des Projektträgers;
2. Nachweis des Bedarfs für das Pilotprojekt;
3. detaillierte Beschreibung des Projektes;
4. Zeitplan für die Durchführung des Projektes;
5. Auswertungskriterien des Projektes;
6. Kostenschätzung und Finanzierungsplan;
7. Beschreibung der Netzwerkarbeit.

Die Regierung entscheidet innerhalb von drei Monaten nach Einreichen des vollständigen Antrags über die Förderung des Pilotprojektes oder über die Ablehnung des Antrags.

Drei Monate vor Ablauf der Konvention reicht der Projektträger eine Auswertung beim zuständigen Fachbereich ein.

§ 3 - Sollte ein Projekt für eine Dauer von weniger als drei Jahren genehmigt worden sein, kann die Regierung auf Anfrage des Projektträgers und auf Basis der Auswertung und einer Stellungnahme des zuständigen Fachbereichs über die weitere Förderung des Projektes bis zu einer Gesamtprojektdauer von drei Jahren befinden."

*Abschnitt 2 — Senioren*

**Art. 3** - In Artikel 5 § 4 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Unbeschadet von Absatz 1 ist die Übernahme von Plätzen durch einen anderen Träger oder, bei einem Standortwechsel, durch denselben Träger während eines begrenzten Zeitraums gestattet, wenn der ursprünglich anerkannte Standort umgebaut wird. Der Träger, der die Betreuungskapazität während der Umbauphase übernimmt, muss keinen Antrag auf Anerkennung stellen, vorausgesetzt die anerkannte Betreuungskapazität des neuen Standortes bleibt unverändert. Die Betreuungskapazität wird nach Beendigung der Umbauphase dem ursprünglichen Standort zurückgeführt.

Die Regierung bestimmt für die Anwendung von Absatz 2 die Zeitpunkte, an denen ein Umbau als angefangen und als beendet gilt."

*Abschnitt 3 — Familie*

**Art. 4** - In Artikel 17 § 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung wird die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof" durch die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen" ersetzt.

*Abschnitt 4 — Soziales*

**Art. 5** - Artikel 111 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, ersetzt durch das Dekret vom 2. Mai 1995 und abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Das Zentrum übermittelt der Regierung und dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Beschlussfassung eine Übersichtsliste mit einer kurzen Umschreibung der getroffenen Beschlüsse" durch die Wortfolge "Das Zentrum übermittelt dem Gemeindegremium innerhalb von zehn Tagen nach der Beschlussfassung die effektive Tagesordnung mit den getroffenen Beschlüssen des Sozialhilferats und des ständigen Präsidiums" ersetzt.

2. In § 2 wird die Wortfolge "der Regierung und dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium" durch die Wortfolge "dem Gemeindegremium" ersetzt.

**Art. 6** - Artikel 111*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Dekret vom 2. Mai 1995, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Bürgermeister- und Schöffenkollegium" durch das Wort "Gemeindegremium" ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

3. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"Das Gemeindegremium übermittelt den Aussetzungsbeschluss dem Zentrum und der Regierung."

4. In den Absätzen 4, 5 und 6 wird die Wortfolge "Bürgermeister- und Schöffenkollegium" jeweils durch das Wort "Gemeindegremium" ersetzt.

**Art. 7** - Artikel 112 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Dekret vom 2. Mai 1995, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wortfolge "Bürgermeister- und Schöffenkollegium und die Regierung" durch das Wort "Gemeindegremium", die Angabe "30 Tagen" durch die Angabe "40 Tagen" und das Wort "Übersichtsliste" durch das Wort "Tagesordnung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "die Regierung oder das Bürgermeister- und Schöffenkollegium" durch die Wortfolge "das Gemeindegremium" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Angabe "30 Tagen" durch die Angabe "40 Tagen" ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "Bürgermeister- und Schöffenkollegium und an die Regierung" durch das Wort "Gemeindegremium" ersetzt.

**Art. 8** - In Artikel 15 des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten wird die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof" durch die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen" ersetzt.

**Art. 9** - In das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird folgender Artikel 79.1 eingefügt:

"Art. 79.1 - Übergangsbestimmung

Im Rahmen des aufgrund von Artikel 56 § 2 Absatz 1 Nummer 3 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung durch den Versicherungsausschuss des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung genehmigten Pilotprojekts "Gesundes Ostbelgien" kann der Verwaltungsrat einer zu diesem Zweck zu schaffenden Dienstleisterkonferenz in seiner Geschäftsordnung Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Die Befugnisübertragung ist befristet auf die Dauer des in Absatz 1 erwähnten Pilotprojekts. Spätestens bei Ablauf oder frühzeitiger Beendigung des Pilotprojekts verfallen von Rechts wegen alle aufgrund der vorliegenden Bestimmung übertragenen Befugnisse.

In Abweichung von Absatz 1 können Befugnisse, die dem Verwaltungsrat aufgrund von Artikel 102 § 1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilt wurden, der Dienstleisterkonferenz nicht übertragen werden."

#### Abschnitt 5 — Opferhilfe

**Art. 10** - In Artikel 1 des Dekrets vom 26. September 2016 über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe wird folgende Nummer 3 eingefügt:

"3. Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates."

**Art. 11** - Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 Buchstabe *b*) wird die Wortfolge "und Opfern von Gewalt in engen Beziehungen" durch die Wortfolge ", Opfern von Gewalt in engen Beziehungen und Opfern des Terrorismus" ersetzt.

2. Folgende Nummer 9 wird eingefügt:

"9. sie bieten den Opfern des Terrorismus eine Unterstützung bei Ansprüchen auf Entschädigungsleistungen an."

**Art. 12** - In Artikel 8 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

"Die Hilfe muss leicht zugänglich sein und den Opfern des Terrorismus so lange wie notwendig zur Verfügung gestellt werden."

**Art. 13** - In Artikel 12 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof" durch die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen" ersetzt.

## KAPITEL 2 — Kulturelle Angelegenheiten

### Abschnitt 1 — Kultur

**Art. 14** - In Artikel 16 § 1 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Angabe "31. März" durch die Angabe "30. Juni" ersetzt.

**Art. 15** - In Artikel 18 § 1 Absatz 1 Nummer 4 desselben Dekrets wird die Angabe "31. März" durch die Angabe "30. Juni" ersetzt.

**Art. 16** - Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird die Zahl "80" durch die Zahl "100" ersetzt.

2. Im einleitenden Satz von Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird die Wortfolge "Zur Auszahlung des Restbetrags sind die für die Förderung erforderlichen Unterlagen" durch die Wortfolge "Die für die Förderung erforderlichen Unterlagen sind" ersetzt.

3. Absatz 2 Nummer 3 wird aufgehoben.

4. Absatz 3 wird aufgehoben.

5. In Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, werden die Angabe "1 bis 3" durch die Angabe "1 und 2" und die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch das Wort "Ostbelgiens" ersetzt.

**Art. 17** - In Artikel 22 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Der Schwerpunkt der Förderung liegt dabei insbesondere auf:

1. Kulturprojekten in Schulen, die das kulturelle Verständnis und insbesondere die kulturelle Kreativität der Schüler und der Schulgemeinschaft nachhaltig anregen;

2. Kulturprojekten, die darauf abzielen, benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine bessere Zugänglichkeit zu kulturellen Aktivitäten zu ermöglichen."

**Art. 18** - Im Kapitel 3 desselben Dekrets werden die Abschnitte 3 und 4, die die Artikel 25 bis 30 umfassen und die durch das Dekret vom 22. Februar 2016 abgeändert wurden, aufgehoben.

**Art. 19** - In der Überschrift von Kapitel 3 Abschnitt 7 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch das Wort "Ostbelgiens" ersetzt.

**Art. 20** - In Artikel 39 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch das Wort "Ostbelgiens" ersetzt.

**Art. 21** - In Artikel 40 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch das Wort "Ostbelgiens" ersetzt.

**Art. 22** - In Artikel 43 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch das Wort "Ostbelgiens" ersetzt.

**Art. 23** - In Artikel 43.3 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird der zweite Satz gestrichen.

**Art. 24** - Artikel 68 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

**Art. 25** - In Artikel 70 § 2 desselben Dekrets wird das Wort "sechs" durch das Wort "zwei" ersetzt.

**Art. 26** - Artikel 71 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Die Höhe des Zuschusses beträgt 30 Euro pro teilnehmendem Mitglied und ist begrenzt auf höchstens 1.250 Euro und auf 50 % der Fahrtkosten."

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

"In Abweichung von Absatz 2 beträgt die Höhe des Zuschusses für Kinderchöre 50 Euro pro teilnehmendem Mitglied und ist begrenzt auf höchstens 2.000 Euro und auf 80 % der Fahrtkosten."

**Art. 27** - In Artikel 74 Nummer 8 desselben Dekrets wird die Angabe "31. März" durch die Angabe "30. Juni" ersetzt.

**Art. 28** - In Artikel 91 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof" durch die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen" ersetzt.

**Art. 29** - In Artikel 96 desselben Dekrets wird folgender § 5 eingefügt:

"§ 5 - Für die Anwendung der Artikel 17 § 3 und 19 § 6 dienen als Berechnungsgrundlage für den Abzug der aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern gewährten Zuschüsse die folgenden Beträge für die am 31. Dezember 2017 anwendbaren Kategorien von BVA-Arbeitnehmern:

1. für BVA-Arbeitnehmer der Kategorie A: 2.500 Euro;
2. für BVA-Arbeitnehmer der Kategorie B1: 6.448 Euro;
3. für BVA-Arbeitnehmer der Kategorie B2: 11.606 Euro;
4. für BVA-Arbeitnehmer der Kategorie B3: 19.343 Euro;
5. für BVA-Arbeitnehmer der Kategorie C: 21.922 Euro."

#### *Abschnitt 2 — Jugend*

**Art. 30** - Artikel 43 Absatz 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird wie folgt abgeändert:

1. In Satz 1 wird die Angabe "den Artikeln 13, 21 und 28 § 2" durch die Angabe "Artikel 45" ersetzt.

2. In Satz 2 wird zwischen die Wortfolgen "Diese müssen sich" und "alle drei Jahre" die Wortfolge "bei einer Vollzeitanzstellung" eingefügt.

3. Folgender Satz wird eingefügt:

"Die Mindestanzahl an Weiterbildungsstunden wird im Verhältnis zur effektiv geleisteten Arbeitszeit angepasst."

**Art. 31** - Artikel 44 Absatz 2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

#### *Abschnitt 3 — Sport*

**Art. 32** - In Artikel 48 Absatz 1 des Sportdekrets vom 19. April 2004, ersetzt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird die Wortfolge "Dekrets vom 16. Januar 2012 zur Bekämpfung des Dopings im Sport" durch die Wortfolge "Dekrets vom 22. Februar 2016 zur Bekämpfung des Dopings im Sport" ersetzt.

KAPITEL 3 — *Unterrichtswesen*

**Art. 33** - In Artikel 6.2. Nummer 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird folgender Buchstabe *f*) eingefügt:

“f) Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus”

**Art. 34** - Artikel 6.3 § 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

“5. Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus: der in § 1 Nummer 4 angeführte Befähigungsnachweis.”

**Art. 35** - In Titel 6 Untertitel 3 desselben Dekrets wird folgendes Kapitel 4, das den Artikel 6.43.1 umfasst, eingefügt:

“Kapitel 4 - Übernahme von Personalmitgliedern

Art. 6.43.1 - Übernahme

§ 1 - Der Verwaltungsrat kann eine Stelle besetzen, indem er ein Personalmitglied einer in Artikel 14 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat angeführten Verwaltungsbehörde, im Folgenden abgebende Einrichtung genannt, übernimmt.

Das Personalmitglied der abgebenden Einrichtung kann auf seinen Antrag hin als definitiv ernanntes Personalmitglied des Zentrums in gleich welchem Amt übernommen werden, wenn:

1. das zu übernehmende Personalmitglied bei der abgebenden Einrichtung definitiv ernannt ist;

2. das zu übernehmende Personalmitglied zum Zeitpunkt der Übernahme die Zulassungsbedingungen des Amtes erfüllt, in das es nach der Übernahme ernannt werden soll, mit Ausnahme der Bestimmungen in Bezug auf das Bewerbungsverfahren.

Wird das zu übernehmende Personalmitglied im Amt des Direktors als definitiv ernanntes Personalmitglied übernommen, erbringt es zusätzlich zu den in Absatz 1 angeführten Bedingungen den Nachweis darüber, dass es zum Zeitpunkt der Übernahme seit mindestens fünf Jahren eine Führungsposition in der abgebenden Einrichtung innehat und Management- und Führungsaufgaben ausübt.

Bei einer Übernahme erfolgen die Kündigung des Personalmitglieds bei der abgebenden Einrichtung und die definitive Ernennung durch den Verwaltungsrat ohne zeitliche Unterbrechung.

§ 2 - Die Besoldung des übernommenen Personalmitglieds erfolgt auf Grundlage des finanziellen Dienstalters der abgebenden Einrichtung, wenn das finanzielle Dienstalter, das das Personalmitglied in Anwendung der Bestimmungen der aufnehmenden Einrichtung aufweist, nicht mindestens gleich hoch ist.

Ist das Gehalt einschließlich Zulagen des übernommenen Personalmitgliedes in Anwendung des Artikels 6.87 und der Titel II.1-II.3 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs geringer als das Gehalt einschließlich Zulagen, das es vor der Übernahme in der abgebenden Einrichtung erhalten hat, wird es weiterhin auf Grundlage der Besoldungstabelle einschließlich Zulagen der abgebenden Einrichtungen besoldet, bis es in Anwendung des Artikels 6.87 und der Titel II.1-II.3 des Dekrets vom 21. April 2008 ein mindestens gleich hohes Gehalt bezieht.”

**Art. 36** - Die Überschrift von Titel 6 Untertitel 10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

“UNTERTITEL 10 - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR AUSWAHL- UND BEFÖRDERUNGSÄMTER”

**Art. 37** - Artikel 6.79 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

“7. das Amt des Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus, im vorliegenden Untertitel als Referent bezeichnet.”

**Art. 38** - In Artikel 6.80 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe *b*) desselben Dekrets wird die Zahl “5” durch die Angabe “5 und Nummer 7” ersetzt.

**Art. 39** - Artikel 6.83 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 3 wird die Wortfolge “bzw. der Zweigstellenleiter” durch die Wortfolge

“, der Zweigstellenleiter bzw. der Referent” ersetzt.

2. In § 2 Absatz 4 wird die Wortfolge “bzw. des Zweigstellenleiters” durch die Wortfolge “, des Zweigstellenleiters bzw. des Referenten” ersetzt.

3. In § 3 Absatz 2 wird das Wort “Zweigstellenleiter” durch die Wortfolge “Zweigstellenleiter oder Referent” ersetzt.

**Art. 40** - In Artikel 6.84 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge “bzw. der Zweigstellenleiter” durch die Wortfolge “, der Zweigstellenleiter bzw. der Referent” ersetzt.

**Art. 41** - In Artikel 6.85 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets werden die Wortfolge “oder ein Koordinator” durch die Wortfolge “, ein Koordinator oder ein Referent” und die Wortfolge “der in Artikel 6.84 angeführten Urlaubsformen oder Zurdispositionstellungen” durch die Wortfolge “ihm gewährten Urlaubsform oder Zurdispositionstellung” ersetzt.

**Art. 42** - Artikel 6.86 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge “und die Zweigstellenleiter” durch die Wortfolge

“, die Zweigstellenleiter und den Referenten” ersetzt.

2. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge “bzw. der Zweigstellenleiter” durch die Wortfolge

“, der Zweigstellenleiter bzw. der Referent” ersetzt.



3. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "bzw. der Zweigstellenleiter" durch die Wortfolge  
", der Zweigstellenleiter bzw. der Referent" ersetzt.

**Art. 43** - In Artikel 6.87 § 1 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Während der Bezeichnung erhält der Referent ein Gehalt in Anwendung der Titel II.1-II.3 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs."

**Art. 44** - In Titel 6 Untertitel 11 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 6.94.1 eingefügt:

"Art. 6.94.1 - Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus

Der Auftrag des Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus umfasst folgende Aufgaben:

1. die individuelle Beratungs- und Präventionsarbeit für gefährdete junge Menschen und ihre Angehörigen sowie für alle weiteren Ratsuchenden;

2. die Durchführung von Informationsveranstaltungen und Workshops im Rahmen der primären und sekundären Präventionsarbeit für Netzwerkpartner und anfragende Institutionen wie Bildungseinrichtungen oder politische Gremien;

3. die Förderung, mit dem Ziel einer möglichst breiten und integrierten Vorgehensweise zur Vorbeugung von gewaltbereitem Radikalismus, der Vernetzung relevanter Akteure wie den Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, dem Dienst "Info Integration", dem Justizhaus, den Fachbereichen Jugend, Jugendhilfe, Familie und Soziales sowie Pädagogik des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den Glaubensgemeinschaften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der lokalen Polizei;

4. projektbezogene und administrative Begleitung der Strategie zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

6. die Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in verschiedenen Arbeitsgruppen und die Teilnahme an Versammlungen und Gremien, z. B. die lokalen integralen Sicherheitszellen;

7. die Organisation von entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen in Kooperation mit den relevanten Netzwerkpartnern;

8. eine kontinuierliche Suche nach Werkzeugen und Methoden im Bereich der Prävention gegen gewaltbereite Radikalisierung;

9. die Mitwirkung an internen und externen Evaluationen von Projekten zur Förderung der gesunden Entwicklung sowie der Arbeit des Zentrums;

10. die persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;

11. Aufgaben, die zur Erfüllung des Auftrags des Zentrums beitragen."

**Art. 45** - Artikel 7.4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge "für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit" gestrichen.

2. Die Wortfolge "wird eine Stelle für einen Referenten für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit" wird durch die Wortfolge "werden zwei Stellen für Referenten" ersetzt.

**Art. 46** - In Titel 7 Untertitel 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 20. Februar 2017, wird folgender Artikel 7.4.1 eingefügt:

"Art. 7.4.1 - Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus

Im Zentrum wird eine Stelle für einen Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus geschaffen."

#### KAPITEL 4 — *Beschäftigung*

**Art. 47** - In Artikel 339 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, ersetzt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Unbeschadet der in Absatz 1 angeführten Bedingungen wird keine Zielgruppenermäßigung gewährt, wenn der Arbeitnehmer während des gesamten Quartals keine tatsächliche Arbeitsleistung erbringt, es sei denn, die Ausführung seines Arbeitsvertrags wurde gemäß dem Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge ausgesetzt oder der Arbeitnehmer wurde durch den Arbeitgeber von seiner Arbeit während der in Artikel 37 des erwähnten Gesetzes genannten Kündigungsfrist freigestellt."

#### KAPITEL 5 — *Lokale Behörden*

**Art. 48** - Artikel L4112-3 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"Art. L4112-3 - Kandidat

Personen, die für die Wahlen kandidieren, um gewählt zu werden, werden Kandidat genannt. Die Kandidaten können innerhalb einer Kandidatenliste oder alleine kandidieren."

**Art. 49** - Artikel L4112-4 § 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die Kandidatenliste führt die Personen auf, die durch eine politische Partei ausgewählt werden, um um die Stimmen der Wähler zu werben. Jede Einzelkandidatur wird als unvollständige Liste betrachtet.

Die Kandidatenliste im Sinne von Absatz 1, die keiner anderen Liste gegenüber steht, gilt als einzige Liste."

**Art. 50** - Artikel L4121-3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1° wer eine geschützte Person ist, die aufgrund von Artikel 492/1 des Zivilgesetzbuches ausdrücklich für unfähig erklärt worden ist, ihre politischen Rechte auszuüben, und wer in Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Mai 2014 über die Internierung von Personen interniert ist.

Die Wahlunfähigkeit endet mit dem Ende der Unfähigkeit aufgrund von Artikel 492/4 des Zivilgesetzbuches oder der endgültigen Freilassung des Internierten.“

2. § 1 Nummer 3 wird aufgehoben.

**Art. 51** - In Artikel L4122-5 § 6 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

“Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare oder Kopien des Wählerregisters dürfen ihre Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht anführen.“

**Art. 52** - In Artikel L4122-7 § 2 Absatz 1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird die Angabe “1. September” durch die Angabe “10. September” ersetzt.

**Art. 53** - Artikel L4124-1 § 6 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen “Ebenfalls angegeben werden” und “die in Artikel L4135-2 § 2 3<sup>o</sup> festgelegten Bestimmungen” die Wortfolge “die Bestimmungen in Bezug auf die in Artikel L4131-2 § 2 Absatz 3 vorgesehene Einsichtnahme durch die Wähler in den Bericht über die von den politischen Parteien eingegangenen Ausgaben in Sachen Wahlwerbung und die in Artikel L4131-4 § 2 vorgesehene Einsichtnahme in die Erklärungen in Bezug auf die Wahlausgaben der Kandidaten sowie” eingefügt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge “und die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und ggf. den Namen seines Ehepartners” gestrichen.

**Art. 54** - Artikel L4125-3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

“Der Vorsitzende des Distriktvorstands übermittelt der Regierung spätestens am 30. Juni die Identität und die Kontaktangaben der benannten Vorsitzenden.“

2. In § 3 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

“Er übermittelt der Regierung unmittelbar ihre Identität und ihre Kontaktangaben.“

**Art. 55** - Artikel L4125-5 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 4 wird folgender Satz eingefügt:

“Er übermittelt der Regierung unmittelbar ihre Identität und ihre Kontaktangaben.“

2. In § 5 Absatz 2 wird folgender Satz eingefügt:

“Er übermittelt der Regierung unmittelbar ihre Identität und ihre Kontaktangaben.“

**Art. 56** - Artikel L4132-1 § 4 desselben Kodex, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt ersetzt:

“ § 4 - Der Bevollmächtigte, der dem Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros, in dem der Vollmachtgeber hätte wählen müssen, die Vollmacht und eine der in Paragraph 1 erwähnten Bescheinigungen aushändigt und ihm seinen Personalausweis und seine Wahlaufforderung vorzeigt, auf der der Vorsitzende dann den Vermerk “Hat mittels Vollmacht gewählt” einträgt, kann zur Stimmabgabe zugelassen zu werden.“

**Art. 57** - Artikel L4133-1 § 3 desselben Kodex, aufgehoben durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt wieder eingeführt:

“ § 3 - Die Regierung kann andere Modalitäten für die Anwendung dieser Bestimmung festlegen.“

**Art. 58** - Artikel L4133-2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:

“Der Vorsitzende des Wahlvorstands vermerkt auf der Wahlaufforderung des Begleiters “Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen.“

2. Folgender § 5 wird eingefügt:

“ § 5 - Die Regierung kann andere Modalitäten für die Anwendung dieser Bestimmung festlegen.“

**Art. 59** - In Artikel L4134-3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird das Wort “keine” gestrichen.

**Art. 60** - Artikel L4134-5 Absatz 2 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

“Sie dürfen keinesfalls Inhaber einer Vollmacht sein oder andere Wähler in dem Wahlkreis, in dem sie ihr Amt ausüben, begleiten.“

**Art. 61** - Artikel L4142-7 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006 und abgeändert durch die Dekrete vom 21. Februar 2013 und 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

“2<sup>o</sup> Auf einer Liste darf der Unterschied zwischen der Anzahl Kandidaten jeden Geschlechts nicht größer sein als eins.“

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge “des vorhergehenden Absatzes” durch die Wortfolge “des vorliegenden Artikels” ersetzt.

**Art. 62** - In Artikel L4142-14 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird zwischen die Wortfolge “unverzüglich per Einschreiben” und das Wort “übermittelt” die Wortfolge “oder durch jegliches Mittel, das den amtlichen Nachweis der Zustellung ermöglicht,” eingefügt.

**Art. 63** - In denselben Kodex, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird folgender Artikel L4142-47 eingefügt:

“Art. L4142-47 - Ein Kandidat steht nur auf einer einzigen Liste.

Niemand darf gleichzeitig eine Urkunde zur Beantragung des Schutzes eines Listenkürzels oder Logos unterzeichnen und Kandidat auf einer Liste sein, die ein anderes Listenkürzel oder Logo verwendet.

Der Kandidat, der gegen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Verbote verstößt, setzt sich einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis 15 Tagen oder einer Geldstrafe von 26 bis 200 Euro aus. Sein Name wird aus allen Listen gestrichen, auf denen er vorkommt.“

**Art. 64** - Artikel L4145-3 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 wird aufgehoben.

2. In § 3 wird zwischen die Wortfolge "Wenn ein Kandidat" und die Wortfolge "am Wahltag oder danach" die Wortfolge "zwischen dem endgültigen Abschluss der Listen und dem Wahltag oder" eingefügt.

**Art. 65** - In Artikel 1 Absatz 1 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. März 2010 und 2. März 2015, wird zwischen die Wortfolgen "die Gemeinden," und "die Polizeizonen" die Wortfolge "die öffentlichen Sozialhilfezentren," eingefügt.

**Art. 66** - In Artikel 2 Nummer 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 19. Mai 2008, 15. März 2010 und 2. März 2015, wird zwischen die Wortfolgen "der Bürgermeister," und "der Polizeirat" die Wortfolge "der Sozialhilferat, das ständige Präsidium und der Präsident des öffentlichen Sozialhilfezentrums," eingefügt.

**Art. 67** - Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 27. April 2009 und 15. März 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "des Gemeinderates," und "des Polizeirates" die Wortfolge "des Sozialhilferats, des ständigen Präsidiums des öffentlichen Sozialhilfezentrums" eingefügt.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Die Tagesordnung des Sozialhilferats bzw. des ständigen Präsidiums des öffentlichen Sozialhilfezentrums umfasst nicht die Beschlüsse zur Gewährung oder Rückforderung einer individuellen Unterstützung."

**Art. 68** - In Artikel 8 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. März 2010 und abgeändert durch die Dekrete vom 14. Februar 2011 und 22. Februar 2016, werden folgende Nummern 8 und 9 eingefügt:

"8. die Geschäftsordnung;

9. die Stellenpläne, Haushaltspläne, Haushaltsplanänderungen und die Rechnungen der öffentlichen Sozialhilfezentren und der Kirchenfabriken."

**Art. 69** - In Artikel 12 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird die Wortfolge "Unbeschadet der Anwendung von Kapitel III" durch die Wortfolge "Unbeschadet der Anwendung des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren und des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die materielle Organisation und die Funktionsweise der anerkannten Kulte" ersetzt.

#### KAPITEL 6 — *Tourismus*

**Art. 70** - In Artikel 25 § 3 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus wird die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof" durch die Wortfolge "Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen" ersetzt.

**Art. 71** - Artikel 26 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 26 - Auferlegung der administrativen Geldbußen

§ 1 - Eine administrative Geldbuße von mindestens 250 Euro und höchstens 25.000 Euro wird dem auferlegt, der:

1. eine touristische Unterkunft entgegen den Vorschriften der Artikel 10 und 11 betreibt;
2. eines der in Artikel 12 erwähnten Kennschilder verwendet, das nicht der Einstufung der touristischen Unterkunft entspricht;
3. Werbung für eine touristische Unterkunft mit einer falschen Einstufung betreibt;
4. die in Artikel 25 vorgesehene Inspektion verweigert oder behindert.

Wenn binnen fünf Jahren nach Erstellung des in Artikel 25 § 1 Absatz 1 erwähnten Protokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, wird die in Absatz 1 erwähnte Geldbuße verdoppelt.

§ 2 - Die Regierung verfügt über eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt des in Artikel 25 § 1 Absatz 1 erwähnten Protokolls, um eine administrative Geldbuße aufzuerlegen.

§ 3 - Beschließt die Regierung, dass ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wird, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von 15 Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§ 4 - Nach Ablauf der in § 3 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder gegebenenfalls nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die administrative Geldbuße auferlegen.

Die Regierung notifiziert dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben ihren Beschluss.

In der Notifizierung werden auch die in den Artikeln 9 § 1, 10 und 12 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen angegeben.

§ 5 - Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß § 6 wird Beschwerde eingelegt.

Die administrative Geldbuße wird zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezogen.

Sie wird innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Konto der Regierung anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

Die auferlegte administrative Geldbuße ist nicht steuerlich abzugsfähig.

§ 6 - Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Korrekionalgericht schriftlich eingereichten Antrag binnen 30 Kalendertagen nach Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen. Der Antrag führt die Identität und die Anschrift des Zuwiderhandelnden, die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die entsprechenden Anfechtungsgründe auf.

Das Korrekionalgericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder abändern.

Gegen die Entscheidung des Korrekionalgerichts kann keine Berufung eingelegt werden."

**Art. 72** - Artikel 27 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird nach dem ersten Wort die Wortfolge "der administrativen Geldbußen" eingefügt.
2. In Absatz 1 wird das Wort "Verwaltungsstrafen" durch die Wortfolge "administrativen Geldbußen" ersetzt.
3. In Absatz 2 Nummer 2 wird das Wort "Betroffenen" durch das Wort "Zuwiderhandelnden" ersetzt.

**Art. 73** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 27.1 eingefügt:

"Art. 27.1 - Verjährung der administrativen Geldbußen

Die administrativen Geldbußen verjähren in fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt fünf Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist."

**Art. 74** - In Artikel 28 Absatz 1 desselben Dekrets wird das Wort "Verwaltungsstrafe" jeweils durch die Wortfolge "administrativen Geldbuße" bzw. "administrative Geldbuße" ersetzt.

**Art. 75** - Artikel 29 Nummer 9 desselben Dekrets wird aufgehoben.

#### KAPITEL 7 — *Infrastruktur*

**Art. 76** - Artikel 45 Nummer 5 des Programmdekrets 2014 vom 24. Februar 2014, ersetzt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt ersetzt:

"5. Artikel 30 bis 38, die am 1. Januar 2020 in Kraft treten."

#### KAPITEL 8 — *Finanzen und Haushalt*

**Art. 77** - In Artikel 25 § 6 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Angabe "30. Juni" durch die Angabe "31. Oktober" ersetzt.

**Art. 78** - In Artikel 26 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Angabe "30. Juni" durch die Angabe "31. Oktober" ersetzt.

**Art. 79** - Artikel 84.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "30. April" durch die Angabe "30. Juni" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Angabe "15. Mai" durch die Angabe "15. Juli" ersetzt.

**Art. 80** - Artikel 99.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe "15. Mai" durch die Angabe "30. Juni" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Angabe "31. Mai" durch die Angabe "15. Juli" ersetzt.

**Art. 81** - In Titel III desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird folgender Artikel 105.1 eingefügt:

"Art. 105.1 - Unterstützungshinweis

Die Empfänger von Zuschüssen, die aufgrund von Dekreten, Geschäftsführungsverträgen oder Konventionen strukturell oder projektbezogen ausgezahlt werden, weisen hierbei gemäß den von der Regierung festgelegten Vorgaben auf die Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft hin."

#### KAPITEL 9 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 82** - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 5 bis 7, 9, 14, 15, 27, 29, 65 bis 69 und 76, die mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft treten;
2. Artikel 33 bis 46, die am Tag seiner Verabschiedung in Kraft treten;
3. Artikel 47, der am 1. April 2018 in Kraft tritt;
4. Artikel 1, der am 1. Januar 2020 in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 26. Februar 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Sitzungsperiode 2017-2018

Nummerierte Dokumente: 218 (2017-2018) Nr. 1 Dekretvorschlag

218 (2017-2018) Nrn. 2+3 Abänderungsvorschläge

218 (2017-2018) Nr. 4 Bericht + Erratum

Ausführlicher Bericht: 26. Februar 2018 - Nr. 49 Diskussion und Abstimmung



## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2018/201384]

## 26 FEVRIER 2018. — Décret-programme 2018

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup> — *Matières personnalisables**Section 1<sup>re</sup> — Santé*

**Article 1<sup>er</sup>** - À l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 1<sup>er</sup> juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, le mot « deux » est remplacé par le mot « cinq ».

**Art. 2** - L'article 4 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4 - Subventionnement de projets pilotes

§ 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement peut, aux conditions fixées dans le cadre d'une convention conclue avec un porteur de projet, soutenir des projets pilotes pour une période limitée de trois ans au plus.

Ces projets pilotes portent sur des offres novatrices en matière d'aide à domicile.

Pour pouvoir être subventionnés conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les projets pilotes s'inscrivent dans le cadre du concept mentionné à l'article 2 et correspondent aux éléments essentiels fixés par le Gouvernement.

Les institutions et organisations subventionnées en vertu de l'article 3 ne peuvent être porteurs d'un projet pilote.

§ 2 - La demande relative au soutien d'un projet pilote est introduite, pour approbation, auprès du département compétent en matière de santé du Ministère de la Communauté germanophone et reprend les informations suivantes :

1° identité et statut du porteur de projet;

2° preuve de la nécessité du projet pilote;

3° description détaillée du projet;

4° calendrier de la mise en place du projet;

5° critères pour l'évaluation du projet;

6° estimation des coûts et plan de financement;

7° description du travail en réseau.

Le Gouvernement décide, dans les trois mois après l'introduction de la demande complète, de l'octroi de l'aide au projet-pilote ou du rejet de la demande.

Trois mois avant l'échéance de la convention, le porteur de projet introduit une évaluation auprès du département compétent.

§ 3 - Si un projet a été autorisé pour une durée inférieure à trois ans, le Gouvernement peut se prononcer, à la demande du porteur de projet et sur la base d'une évaluation ainsi que d'un avis du département compétent, sur la continuité de l'aide au projet pour une durée totale allant jusqu'à trois ans. »

*Section 2 — Personnes âgées*

**Art. 3** - L'article 5, § 4, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques, modifié par le décret du 15 mars 2010, est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, la reprise de places par un autre pouvoir organisateur ou, en cas de changement d'implantation, par le même est autorisée pendant une période limitée si le site agréé initialement est en rénovation. Le pouvoir organisateur qui reprend la capacité d'accueil pendant les rénovations ne doit pas introduire de nouvelle demande d'agrément à condition que ladite capacité d'accueil reconnue du nouveau site reste inchangée. Au terme des rénovations, la capacité d'accueil sera ramenée à celle du site initial.

Pour l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement détermine les moments auxquels la rénovation est censée commencer et se terminer. »

*Section 3 — Famille*

**Art. 4** - (Concerne le texte allemand).

*Section 4 — Affaires sociales*

**Art. 5** - À l'article 111 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, remplacé par le décret du 2 mai 1995 et modifié par le décret du 1<sup>er</sup> mars 2004, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Dans les dix jours de la délibération, le centre transmet au collège communal l'ordre du jour reprenant les décisions prises par le conseil de l'aide sociale et le bureau permanent, à l'exclusion des décisions d'octroi d'aide individuelle et de récupération, ainsi qu'une copie de chaque décision du Comité de gestion de l'hôpital en application de l'article 94, § 4. »;

2° dans le § 2, les mots « au Gouvernement et au Collège des bourgmestre et échevins » sont remplacés par les mots « au collège communal ».

**Art. 6** - À l'article 111bis de la même loi, inséré par le décret du 2 mai 1995, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « Le Collège des bourgmestre et échevins » sont remplacés par les mots « Le collège communal »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

3° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Le collège communal transmet la décision de suspension au centre et au Gouvernement. »;

4° dans les alinéas 4, 5 et 6, les mots « Collège des bourgmestre et échevins » sont chaque fois remplacés par les mots « collège communal ».

**Art. 7** - À l'article 112 de la même loi, remplacé par le décret du 2 mai 1995, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « au Collège des bourgmestre et échevins et au Gouvernement », « trente jours » et « de la liste récapitulative » sont respectivement remplacés par les mots « au collège communal », « quarante jours » et « de l'ordre du jour »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le Gouvernement ou le Collège des bourgmestre et échevins » sont remplacés par les mots « le collège communal »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « trente jours » sont remplacés par les mots « quarante jours »;

4° à l'alinéa 4, les mots « au Collège des bourgmestre et échevins » sont remplacés par les mots « au collège communal ».

**Art. 8** - (Concerne le texte allemand).

**Art. 9** - Dans le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, il est inséré un article 79.1 rédigé comme suit :

« Art. 79.1 - Disposition transitoire

Dans le cadre du projet pilote « *Gesundes Ostbelgien* » approuvé par l'Institut national d'assurance maladie-invalidité en vertu de l'article 56, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, le conseil d'administration peut transférer, dans son règlement d'ordre intérieur, des pouvoirs de décision d'une conférence de prestataires à créer à cette fin.

Ce transfert de compétences est limité à la durée du projet pilote mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>. Les compétences transférées en vertu de la présente disposition se prescrivent d'office au plus tard au terme ou à la cessation prématurée du projet pilote.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les compétences attribuées au conseil d'administration en vertu de l'article 102, § 1<sup>er</sup>, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone ne peuvent être transférées à la conférence des prestataires. »

**Art. 10** - L'article 1<sup>er</sup> du décret du 26 septembre 2016 relatif à l'aide aux victimes et à l'aide spécialisée aux victimes est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° la Directive (UE) 2017/541 du Parlement européen et du Conseil du 15 mars 2017 relative à la lutte contre le terrorisme et remplaçant la décision-cadre 2002/475/JAI du Conseil et modifiant la décision 2005/671/JAI du Conseil. »

**Art. 11** - À l'article 7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, *b*), les mots « et de violence dans les relations intimes » sont remplacés par les mots « , de violence dans les relations intimes et les victimes du terrorisme »;

2° l'article est complété par un 9° rédigé comme suit :

« 9° ils soutiennent les victimes du terrorisme dans leurs droits à l'indemnisation. »

**Art. 12** - L'article 8 du même décret est complété par la phrase suivante :

« L'aide aux victimes du terrorisme doit être facilement accessible et mise à leur disposition aussi longtemps que nécessaire. »

**Art. 13** - (Concerne le texte allemand).

## CHAPITRE 2 — *Matières culturelles*

### Section 1<sup>re</sup> — *Culture*

**Art. 14** - Dans l'article 16, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, les mots « 31 mars » sont remplacés par les mots « 30 juin ».

**Art. 15** - Dans l'article 18, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, du même décret, les mots « 31 mars » sont remplacés par les mots « 30 juin ».

**Art. 16** - À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, inséré par le décret du 22 février 2016, le nombre « 80 » est remplacé par le nombre « 100 »;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 2, modifié par le décret du 22 février 2016, les mots « En vue de la liquidation du solde, les documents nécessaires pour le subventionnement » sont remplacés par les mots « Les documents nécessaires pour le subventionnement »;

3° dans l'alinéa 2, le 3° est abrogé;

4° l'alinéa 3 est abrogé;

5° dans l'alinéa 4, inséré par le décret du 22 février 2016, les mots « 1<sup>er</sup> à 3 » et « de la Communauté germanophone » sont respectivement remplacés par les mots « 1<sup>er</sup> et 2 » et « de la Belgique de l'Est ».

**Art. 17** - L'article 22 du même décret, modifié par le décret du 22 février 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par ce soutien, l'accent est notamment mis sur :

1° les projets culturels, menés dans les écoles, qui suscitent de manière durable la compréhension de la culture et en particulier, la créativité culturelle des élèves et de la communauté scolaire;

2° les projets culturels qui visent à améliorer l'accès des groupes de population défavorisés à des activités culturelles. »

**Art. 18** - Dans le chapitre 3 du même décret, les sections 3 et 4, comportant les articles 25 à 30 et modifiées par le décret du 22 février 2016, sont abrogées.

**Art. 19** - Dans le chapitre 3 du même décret, l'intitulé de la section 7 est remplacé par ce qui suit :

« Distinction "artiste de la Belgique de l'Est" ».

**Art. 20** - Dans l'article 39 du même décret, les mots « de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « de la Belgique de l'Est ».

**Art. 21** - Dans l'article 40 du même décret, les mots « de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « de la Belgique de l'Est ».

**Art. 22** - Dans l'article 43, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots « de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « de la Belgique de l'Est ».

**Art. 23** - Dans l'article 43.3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 février 2017, la deuxième phrase est abrogée.

**Art. 24** - Dans l'article 68, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, le 3<sup>o</sup> est abrogé.

**Art. 25** - Dans l'article 70, § 2, du même décret, le mot « six » est remplacé par le mot « deux ».

**Art. 26** - À l'article 71 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le montant du subside s'élève à 30 euros par membre participant et est plafonné à 1 250 euros et à 50 % des frais de déplacement. »

2<sup>o</sup> l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le subside accordé aux chœurs d'enfants s'élève à 50 euros par membre participant et est plafonné à 2 000 euros et à 50 % des frais de déplacement. »

**Art. 27** - Dans l'article 74, 8<sup>o</sup>, du même décret, les mots « 31 mars » sont remplacés par les mots « 30 juin ».

**Art. 28** - (Concerne le texte allemand).

**Art. 29** - L'article 96 du même décret est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Pour l'application des articles 17, § 3, et 19, § 6, les montants suivants servent de base pour calculer la déduction des subsides octroyés en vertu de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, en ce qui concerne les catégories de travailleurs TCS applicables au 31 décembre 2017 :

1<sup>o</sup> pour les travailleurs TCS de la catégorie A : 2 500 euros;

2<sup>o</sup> pour les travailleurs TCS de la catégorie B1 : 6 448 euros;

3<sup>o</sup> pour les travailleurs TCS de la catégorie B2 : 11 606 euros;

4<sup>o</sup> pour les travailleurs TCS de la catégorie B3 : 19 343 euros;

5<sup>o</sup> pour les travailleurs TCS de la catégorie C : 21 922 euros. »

#### Section 2 — Jeunesse

**Art. 30** - À l'article 43, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans la première phrase, les mots « aux articles 13, 21 et 28, § 2 » sont remplacés par les mots « à l'article 45 »;

2<sup>o</sup> dans la deuxième phrase, les mots « Ces formations » sont remplacés par les mots « En cas d'emploi à temps plein, ces formations »;

3<sup>o</sup> l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Le nombre minimum d'heures de formation est adapté au prorata du temps de travail effectivement presté. »

**Art. 31** - Dans l'article 44 du même décret, l'alinéa 2 est abrogé.

#### Section 3 — Sport

**Art. 32** - (Concerne le texte allemand.)

#### CHAPITRE 3. — Enseignement

**Art. 33** - Dans l'article 6.2 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, modifié par le décret du 20 février 2017, le 2<sup>o</sup> est complété par un f) rédigé comme suit :

« f) adjoint à la prévention du radicalisme violent. »

**Art. 34** - À l'article 6.3, § 2, du même décret, modifié par le décret du 20 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le 4<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2<sup>o</sup> le paragraphe est complété par un 5<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 5<sup>o</sup> adjoint à la prévention du radicalisme violent : le titre mentionné au § 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>. »

**Art. 35** - Dans le titre 6, sous-titre 3, du même décret, il est inséré un chapitre 4, comportant l'article 6.43.1, rédigé comme suit :

« Chapitre 4 - Reprises de membres du personnel

Art. 6.43.1 - Reprise

§ 1<sup>er</sup> - Le conseil d'administration peut pourvoir à un emploi en reprenant un membre du personnel de l'une des autorités administratives mentionnées à l'article 14 des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, ci-après, « autorité cédante ».

À sa demande, le membre du personnel de l'autorité cédante peut être repris, dans n'importe quelle fonction, comme membre du personnel nommé à titre définitif du centre s'il :

1<sup>o</sup> est nommé à titre définitif auprès de l'autorité cédante;

2<sup>o</sup> remplit, au moment de la reprise, les conditions d'accès auxquelles il serait nommé après ladite reprise, à l'exception des dispositions relatives à l'appel à candidatures.

Si le membre du personnel à reprendre l'est, dans la fonction de directeur, en tant que membre du personnel nommé à titre définitif, il doit prouver, en plus des conditions énumérées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, qu'au moment de ladite reprise, il occupait une fonction dirigeante depuis au moins cinq ans au sein de l'autorité cédante et qu'il exerçait des missions de gestion et de direction.

Lors d'une reprise, le congé du membre du personnel auprès de l'autorité cédante et la nomination définitive par le conseil d'administration s'effectuent sans interruption.

§ 2 - Le traitement du membre du personnel repris est calculé sur la base de l'ancienneté pécuniaire auprès de l'autorité cédante si celle dont justifie ledit membre du personnel en application des dispositions de l'autorité absorbante est moindre.

Si le traitement, allocations comprises, du membre du personnel repris en application de l'article 6.87 et des titres II.1 à II.3 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant est inférieur à celui, allocations comprises, qu'il recevait de l'autorité cédante avant la reprise, ledit membre du personnel continue à être rémunéré sur la base des échelles de traitement, allocations comprises, de l'autorité cédante jusqu'à ce qu'il perçoive un traitement au moins équivalent en application de l'article 87 et des titres II.1 à II.3 du décret susmentionné. »

**Art. 36** - L'intitulé du titre 6, sous-titre 10, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Sous-titre 10 - Dispositions particulières pour les fonctions de sélection et de promotion ».

**Art. 37** - À l'article 6.79 du même décret, modifié par le décret du 20 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 6°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° la fonction d'adjoint à la prévention du radicalisme violent, dénommé "adjoint" dans le présent sous-titre. »

**Art. 38** - Dans l'article 6.80, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, b), du même décret, les mots « 2° à 5° » sont remplacés par les mots « 2° à 5° et 7° ».

**Art. 39** - À l'article 6.83 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 3, les mots « ou chef d'antenne, selon le cas, » sont remplacés par les mots « , chef d'antenne ou adjoint, selon le cas, »;

2° dans le § 2, alinéa 4, les mots « ou chef d'antenne, selon le cas, » sont remplacés par les mots « , chef d'antenne ou adjoint, selon le cas, »;

3° dans le § 3, alinéa 2, les mots « Un chef d'antenne » sont remplacés par les mots « Un chef d'antenne ou un adjoint ».

**Art. 40** - Dans l'article 6.84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même décret, les mots « ou chef d'antenne, selon le cas, » sont remplacés par les mots « , chef d'antenne ou adjoint, selon le cas, ».

**Art. 41** - Dans l'article 6.85, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots « ou un coordinateur » et « d'un des types de congé ou de mise en disponibilité mentionnés à l'article 6.84 » sont respectivement remplacés par les mots « , un coordinateur ou un adjoint » et « d'un type de congés ou de mise en disponibilité lui octroyé ».

**Art. 42** - À l'article 6.86 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « et les chefs d'antenne » sont remplacés par les mots « , les chefs d'antenne et l'adjoint »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, les mots « ou chef d'antenne, selon le cas, » sont remplacés par les mots « , chef d'antenne ou adjoint, selon le cas, »;

3° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « ou chef d'antenne, selon le cas, » sont remplacés par les mots « , chef d'antenne ou adjoint, selon le cas, ».

**Art. 43** - À l'article 6.87 du même décret, le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pendant sa désignation, l'adjoint perçoit un traitement en application des titres II.1 à II.3 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant. »

**Art. 44** - Dans le titre 6, sous-titre 11, du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un article 6.94.1 rédigé comme suit :

« Art. 6.94.1 - Adjoint à la prévention du radicalisme violent

La mission de l'adjoint à la prévention du radicalisme violent consiste à :

1° fournir un travail de conseil et de prévention personnalisé pour des jeunes vulnérables et leurs familles ainsi que pour d'autres personnes à la recherche de conseils;

2° organiser des séances d'informations et des ateliers dans le cadre du travail de prévention primaire et secondaire pour les partenaires du réseau et les institutions demandeuses telles que des établissements d'enseignement ou des organes politiques;

3° favoriser, en ayant pour objectif de développer une démarche aussi large et intégrée que possible destinée à prévenir le radicalisme violent, la mise en réseau des acteurs pertinents tels que les communes de la région de langue allemande, le service « Info Integration », la Maison de justice, les départements Jeunesse, Aide à la jeunesse, Famille et Affaires sociales, ainsi que Pédagogie du Ministère de la Communauté germanophone et la police locale;

4° assurer le suivi administratif et ciblé sur les projets de la stratégie en vue de prévenir le radicalisme violent en Communauté germanophone;

5° assurer un travail de relations publiques ciblé sur les projets en vue de prévenir le radicalisme violent en Communauté germanophone;

6° représenter la Communauté germanophone dans différents groupes de travail et participer à des réunions et des commissions, comme les Cellules locales de sécurité intégrale;

7° organiser des mesures de formation *ad hoc* en coopération avec les membres pertinents du réseau;

8° rechercher continuellement des outils et méthodes dans le domaine de la prévention de la radicalisation violente;

9° coopérer à des évaluations internes et externes portant sur des projets visant à promouvoir le développement sain et le travail du centre;

10° suivre personnellement des recyclages et formations continuées;

11° assurer des tâches qui permettent au centre de remplir sa mission. »

**Art. 45** - À l'article 7.4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, les mots « en communication et relations publiques » sont abrogés;

2° la première phrase est remplacée par ce qui suit :

« Dans le centre, il est créé deux emplois d'adjoints. »

**Art. 46** - Dans le Titre 7, Sous-titre 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 20 février 2017, il est inséré un article 7.4.1. rédigé comme suit :

« Art. 7.4.1 - Adjoint à la prévention du radicalisme violent

Dans le centre, il est créé un emploi d'adjoint à la prévention du radicalisme violent. »



CHAPITRE 4. — *Emploi*

**Art. 47** - Dans l'article 339 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, remplacé par le décret du 20 février 2017, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 :

« Sans préjudice des conditions mentionnées dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, aucune réduction pour groupe cible n'est octroyée si le travailleur n'a fourni aucune prestation effective au cours de l'ensemble du trimestre, sauf si l'exécution de son contrat a été suspendue conformément à la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail ou si le travailleur a été dispensé par l'employeur de prêter le préavis mentionné à l'article 37 de la loi susmentionnée. »

CHAPITRE 5. — *Pouvoirs locaux*

**Art. 48** - L'article L4112-3 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4112-3 - Candidat

Est appelé candidat toute personne qui se présente aux élections dans le but d'être élue. Les candidats peuvent se présenter au sein d'une liste de candidats ou de manière isolée. »

**Art. 49** - L'article L4112-4, § 2, du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - La liste des candidats reprend les personnes choisies par un parti politique pour briguer les suffrages des électeurs. Chaque candidature isolée est considérée comme une liste incomplète.

Est considérée comme une liste unique, la liste de candidats définie à l'alinéa précédent qui ne fait face à aucune autre liste. »

**Art. 50** - À l'article L4121-3 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, le 1<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 1<sup>o</sup> les personnes protégées qui ont été expressément déclarées incapables d'exercer leurs droits politiques en vertu de l'article 492/1 du Code civil et celles qui sont internées par application des dispositions de la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement.

L'incapacité électorale prend fin en même temps que la fin de l'incapacité en vertu de l'article 492/4 du Code civil ou que la mise en liberté définitive de l'interné;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, le 3<sup>o</sup> est abrogé.

**Art. 51** - L'article L4122-5, § 6, du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les exemplaires ou copies du registre des électeurs délivrés en application du présent article ne peuvent faire mention de leur numéro d'identification au Registre national des personnes physiques. »

**Art. 52** - À l'article L4122-7, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, les mots « 1<sup>er</sup> septembre » sont remplacés par les mots « 10 septembre ».

**Art. 53** - L'article L4124-1, § 6, du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, la deuxième partie de la phrase est remplacée par ce qui suit :

« elles rappellent également les dispositions concernant la consultation par les électeurs du rapport sur les dépenses de propagande électorale engagées par les partis politiques prévue à l'article L4131-2, § 2, alinéa 3, et des déclarantes de dépenses électorales des candidats prévue à l'article L4131-4, § 2, ainsi que les dispositions concernant les frais de déplacement des électeurs, déterminées à l'article L4135-2, § 2, 3<sup>o</sup> »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 3, les mots « le numéro d'identification au registre national des personnes physiques et, le cas échéant, le nom de son conjoint, » sont abrogés.

**Art. 54** - À l'article L4125-3 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le président du bureau de district communique au Gouvernement pour le 30 juin l'identité et les données de contact des présidents désignés. »;

2<sup>o</sup> dans le § 3, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par la phrase suivante :

« Il communique immédiatement au Gouvernement leur identité et leurs données de contact. »

**Art. 55** - À l'article L4125-5 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 4 est complété par la phrase suivante :

« Il communique immédiatement au Gouvernement leur identité et leurs données de contact. »

2<sup>o</sup> dans le § 5, l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante :

« Il communique immédiatement au Gouvernement leur identité et leurs données de contact. »

**Art. 56** - L'article L4132-1, § 4, du même code, remplacé par le décret du 21 novembre 2016, est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Peut voter le mandataire qui remet au président du bureau de vote où le mandant aurait dû voter, la procuration ainsi que l'un des certificats mentionnés au paragraphe 1<sup>er</sup>, et lui présente sa carte d'identité et sa convocation sur laquelle le président mentionne "a voté par procuration". »

**Art. 57** - L'article L4133-1, § 3, du même décret, abrogé par le décret du 21 novembre 2016, est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 3 - Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités d'application de cette disposition. »

**Art. 58** - À l'article L4133-2 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006 et modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 3, l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Le président de bureau mentionne sur la convocation de l'accompagnant "a exercé le rôle d'accompagnant". »

2<sup>o</sup> l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Le Gouvernement peut déterminer d'autres modalités d'application de cette disposition. »

**Art. 59** - (Concerne le texte allemand.)

**Art. 60** - L'article L4134-5, alinéa 2, du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Ils ne peuvent en aucun cas être porteur d'une procuration ni accompagnant d'autres électeurs dans la circonscription où ils remplissent leur fonction. »

**Art. 61** - À l'article L4142-7 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006 et modifié par les décrets des 21 février 2013 et 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le 2<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 2<sup>o</sup> Sur une liste, la différence entre le nombre de candidats du même sexe ne peut dépasser 1. »;

2<sup>o</sup> dans l'alinéa 2, les mots « de l'alinéa précédent » sont remplacés par les mots « du présent article ».

**Art. 62** - Dans l'article L4142-14 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, les mots « ou tout autre moyen dont la preuve de réception peut être actée » sont insérés entre les mots « par lettre recommandée » et les mots « , au déposant ».

**Art. 63** - Dans le même code, modifié en dernier lieu par le décret du 21 novembre 2016, il est inséré un article L4142-47 rédigé comme suit :

« Art. L4142-47 - Un candidat figure sur une seule liste.

Nul ne peut à la fois signer un acte demandant la protection d'un sigle ou logo et être candidat sur une liste utilisant un autre sigle ou logo protégé.

Le candidat qui contrevient aux interdictions visées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2 est passible d'un emprisonnement de huit à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros. Son nom est rayé de toutes les listes où il figure. »

**Art. 64** - À l'article L4125-3 du même code, remplacé par le décret du 1<sup>er</sup> juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> le § 2 est abrogé.

2<sup>o</sup> dans le § 3, les mots « entre l'arrêt définitif des listes et le jour du scrutin » sont insérés entre le mot « décide » et les mots « le jour du scrutin ».

**Art. 65** - Dans l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande, modifié par les décrets des 15 mars 2010 et 2 mars 2015, les mots « les centres publics d'action sociale, » sont insérés entre les mots « les communes, » et les mots « les zones de police ».

**Art. 66** - Dans l'article 2, 2<sup>o</sup>, du même décret, modifié par les décrets des 19 mai 2008, 15 mars 2010 et 2 mars 2015, les mots « le conseil de l'aide sociale, le bureau permanent et le président du centre public d'action sociale, » sont insérés entre les mots « le bourgmestre, » et les mots « le conseil de police ».

**Art. 67** - À l'article 7 du même décret, modifié par les décrets des 27 avril 2009 et 15 mars 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le conseil de l'aide sociale, le bureau permanent du centre public d'action sociale, » sont insérés entre les mots « le conseil communal » et les mots « le conseil de police »;

2<sup>o</sup> l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'ordre du jour du conseil de l'aide sociale ou, selon le cas, du bureau permanent du centre public d'action sociale ne reprend pas les décisions d'octroi ou de récupération d'aide individuelle. »

**Art. 68** - Dans l'article 8 du même décret, remplacé par le décret du 15 mars 2010 et modifié par les décrets des 14 février 2011 et 22 février 2016, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par les 8<sup>o</sup> et 9<sup>o</sup> rédigés comme suit :

« 8<sup>o</sup> le règlement d'ordre intérieur;

9<sup>o</sup> aux cadres du personnel, aux budgets, aux modifications budgétaires et aux comptes des centres publics d'action sociale et des fabriques d'église. »

**Art. 69** - Dans l'article 12 du même décret, modifié par le décret du 15 mars 2010, les mots « Sans préjudice de l'application du chapitre III » sont remplacés par les mots « Sans préjudice de l'application de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale et du décret du 19 mai 2008 relatif à l'organisation matérielle et au fonctionnement des cultes reconnus ».

## CHAPITRE 6. — *Tourisme*

**Art. 70** - (Concerne le texte allemand).

**Art. 71** - L'article 26 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 26 - Imposition d'amendes administratives

§ 1<sup>er</sup> - Est passible d'une amende administrative allant de 250 à 25 000 euros quiconque :

1<sup>o</sup> exploite un hébergement touristique en infraction aux prescriptions des articles 10 et 11;

2<sup>o</sup> utilise un des écussons mentionnés à l'article 12 qui ne correspond pas à la classification de l'hébergement touristique;

3<sup>o</sup> fait de la publicité pour un hébergement touristique avec une fausse classification;

4<sup>o</sup> refuse ou entrave l'inspection prévue à l'article 25.

Si une nouvelle infraction est constatée dans les cinq ans suivant l'établissement du procès-verbal mentionné à l'article 25, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les amendes mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup> sont doublées.

§ 2 - Le Gouvernement dispose d'un délai de six mois à partir de la réception du procès-verbal mentionné à l'article 25, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, pour infliger une amende administrative.

§ 3 - Si le Gouvernement décide qu'il y a lieu d'entamer une procédure administrative, il communique au contrevenant par recommandé :

1<sup>o</sup> les faits et leur qualification;

2<sup>o</sup> la possibilité pour le contrevenant d'exposer, par lettre recommandée, ses moyens de défense dans un délai de quinze jours calendrier à compter du jour de la notification, et qu'il a, à cette occasion, le droit de demander au Gouvernement de présenter oralement sa défense;

- 3° le droit pour le contrevenant de se faire assister ou représenter par un conseil;
- 4° le droit pour le contrevenant de consulter son dossier;
- 5° une copie du procès-verbal constatant l'infraction.

Le Gouvernement détermine le jour où le contrevenant est invité à exposer oralement sa défense.

§ 4 - Après l'expiration du délai fixé au § 3, 2°, ou avant l'expiration de ce délai, si le contrevenant signifie ne pas contester les faits ou, le cas échéant, après la défense orale ou écrite de l'affaire par le contrevenant ou son conseil, le Gouvernement peut infliger l'amende administrative.

Le Gouvernement notifie sa décision au contrevenant par recommandé.

La notification reprend également les informations mentionnées aux articles 9, § 1<sup>er</sup>, 10 et 12, de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

§ 5 - La décision d'imposer une amende administrative a force exécutoire à l'expiration d'un délai de trente jours calendrier à compter du jour de sa notification, sauf en cas de recours conformément au § 6.

L'amende administrative est perçue au profit de la Communauté germanophone.

Elle est payée dans un délai de trente jours calendrier suivant le jour où la décision a acquis force exécutoire, par versement ou virement sur un compte du Gouvernement, au moyen d'un bulletin de versement ou de virement.

L'amende administrative imposée ne peut être déduite des impôts.

§ 6 - Le contrevenant peut déposer un recours dans le mois suivant la notification de la décision par voie de demande écrite introduite auprès du tribunal correctionnel. La demande énumère l'identité et l'adresse du contrevenant, la désignation de la décision attaquée ainsi que les griefs correspondants.

Le tribunal correctionnel juge de la légalité et de la proportionnalité de l'amende imposée. Il peut soit confirmer soit réformer la décision du Gouvernement.

La décision du tribunal correctionnel n'est pas susceptible d'appel. »

**Art. 72** - À l'article 27 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'intitulé est complété par les mots « des amendes administratives »;
- 2° (concerne le texte allemand);
- 3° dans l'alinéa 2, 2°, les mots « à l'intéressé » sont remplacés par les mots « au contrevenant ».

**Art. 73** - Dans le même décret, il est inséré un article 27.1 rédigé comme suit :

« Art. 27.1 - Prescription des amendes administratives

Les amendes administratives se prescrivent par cinq ans à compter de la date à laquelle elles doivent être payées.

Ce délai peut être interrompu soit tel que prévu par les articles 2244 et suivants du Code civil, soit par une renonciation à la prescription acquise. En cas d'interruption de la prescription, une nouvelle, susceptible d'être interrompue de la même manière, est acquise cinq ans après le dernier acte interruptif de la précédente prescription, sauf s'il y a instance en justice.

**Art. 74** - Dans l'article 28, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots « sanction administrative » et « la sanction administrative » sont respectivement remplacés par les mots « amende administrative » et les mots « l'amende administrative ».

**Art. 75** - Dans l'article 29 du même décret, le 9° est abrogé.

#### CHAPITRE 7. — *Infrastructure*

**Art. 76** - L'article 45, 5°, du décret-programme 2014 du 24 février 2014, remplacé par le décret du 22 février 2016, est remplacé par ce qui suit :

« 5° des articles 30 à 38, qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020. »

#### CHAPITRE 8. — *Finances et budget*

**Art. 77** - Dans l'article 25, § 6, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les mots « le 30 juin » sont remplacés par les mots « le 31 octobre ».

**Art. 78** - Dans l'article 26, alinéa 2, du même décret, les mots « le 30 juin » sont remplacés par les mots « le 31 octobre ».

**Art. 79** - À l'article 84.1 du même décret, inséré par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le 30 avril » sont remplacés par les mots « le 30 juin »;
- 2° dans l'alinéa 2, les mots « le 15 mai » sont remplacés par les mots « le 15 juillet ».

**Art. 80** - À l'article 99.1 du même décret, inséré par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le 15 mai » sont remplacés par les mots « le 30 juin »;
- 2° dans l'alinéa 2, les mots « le 31 mai » sont remplacés par les mots « le 15 juillet ».

**Art. 81** - Dans le titre III du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 22 février 2016, il est inséré un article 105.1 rédigé comme suit :

« Art. 105.1 - *Indication du soutien*

Les bénéficiaires de subsides qui sont liquidés, de manière structurelle ou par projet, conformément à des décrets, contrats de gestion ou conventions, indiquent à cet effet le soutien de la Communauté germanophone, et ce, conformément aux prescriptions fixées par le Gouvernement. »

## CHAPITRE 9. — Dispositions finales

**Art. 82** - Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication, à l'exception :

1° des articles 5 à 7, 9, 14, 15, 27, 29, 65 à 69 et 76, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2018;

2° des articles 33 à 46, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;

3° de l'article 47, qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 2018;

4° de l'article 1<sup>er</sup>, qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 février 2018.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Session 2017-2018

Documents parlementaires : 218 (2017-2018) n° 1 Proposition de décret

218 (2017-2018) n°s 2+3 Propositions d'amendement

218 (2017-2018) n° 4 Rapport

Compte rendu intégral : 26 février 2018 - n° 49 Discussion et vote

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/201384]

## 26 FEBRUARI 2018. — Programmadecreet 2018

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Persoonsgebonden aangelegenheden**Afdeling 1 — Gezondheid*

**Artikel 1** - In artikel 2, eerste lid, van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie wordt het woord "twee" vervangen door het woord "vijf".

**Art. 2** - Artikel 4 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 4 - Ondersteuning van proefprojecten

§ 1 - Onder de voorwaarden bepaald in het kader van een overeenkomst met een projectaanbieder kan de Regering proefprojecten ondersteunen voor een periode die beperkt is tot hoogstens drie jaar.

Bij die proefprojecten gaat het om innovatieve projecten die gericht zijn op gezondheids promotie.

Ze kunnen overeenkomstig het eerste lid ondersteund worden, als ze in het concept vermeld in artikel 2 passen en aan de door de Regering vastgelegde krachtlijnen voldoen.

De instellingen en organisaties die op basis van artikel 3 gesubsidieerd worden, kunnen geen proefproject aanbieden.

§ 2 - De aanvraag om ondersteuning van een proefproject wordt ter goedkeuring ingediend bij het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezondheid en bevat de volgende gegevens :

1° de identiteit en het statuut van de projectaanbieder;

2° het bewijs dat er behoefte is aan het proefproject;

3° de gedetailleerde beschrijving van het project;

4° de timing voor de verwezenlijking van het project;

5° de evaluatiecriteria met betrekking tot het project;

6° de kostenraming en het financieringsplan;

7° de beschrijving van de netwerkactiviteiten.

De Regering beslist binnen drie maanden na de indiening van de volledige aanvraag over de ondersteuning van het proefproject of over het weigeren van de aanvraag.

Drie maanden voor het verstrijken van de overeenkomst dient de projectaanbieder een evaluatie in bij het bevoegde departement.

§ 3 - Indien een project voor een periode van minder dan drie jaar goedgekeurd werd, kan de Regering, op verzoek van de projectaanbieder en op basis van de evaluatie en van een advies van het bevoegde departement, beslissen of het project voor een periode van in totaal drie jaar wordt ondersteund."



*Afdeling 2 — Bejaarden*

**Art. 3 -** Artikel 5, § 4, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

“Onverminderd het eerste lid is de overname van plaatsen door een andere inrichtende macht of, bij een vestigingsplaatswijziging, door dezelfde inrichtende macht voor bepaalde tijd toegelaten, als de oorspronkelijk erkende vestigingsplaats verbouwd wordt. De inrichtende macht die de opnamecapaciteit tijdens de verbouwingsfase overneemt, moet geen aanvraag tot erkenning indienen, op voorwaarde dat de erkende opnamecapaciteit van de nieuwe vestigingsplaats onveranderd blijft. Na beëindiging van de verbouwingsfase wordt de opnamecapaciteit teruggegeven aan de oorspronkelijke vestigingsplaats.

Voor de toepassing van het tweede lid bepaalt de Regering de tijdstippen waarop een verbouwing als begonnen en als beëindigd wordt beschouwd.”

*Afdeling 3 — Gezin*

**Art. 4 -** (geldt alleen voor de Duitse tekst).

*Afdeling 4 — Sociale aangelegenheden*

**Art. 5 -** In artikel 111 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, vervangen bij het decreet van 2 mei 1995 en gewijzigd bij het decreet van 1 maart 2004, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden “Een samenvattende lijst met een korte beschrijving van alle beslissingen, met uitzondering van de beslissingen tot individuele dienstverlening en verhaal, alsmede een afschrift van elke beslissing van het beheerscomité van het ziekenhuis met toepassing van artikel 94, § 4, wordt door het centrum binnen vijftien dagen gezonden aan de Regering en aan het college van burgemeester en schepenen.” vervangen door de woorden “Het centrum zendt het gemeentecollege binnen tien dagen nadat de beslissing is genomen de effectieve agenda met de beslissingen van de raad voor maatschappelijk welzijn en van het vast bureau, met uitzondering van de beslissingen tot individuele dienstverlening en verhaal, alsmede een afschrift van elke beslissing van het beheerscomité van het ziekenhuis met toepassing van artikel 94, § 4.”;

2° in § 2 worden de woorden “de Regering en het college van burgemeester en schepenen” vervangen door het woord “het gemeentecollege”.

**Art. 6 -** In artikel 111bis van dezelfde wet, ingevoegd bij het decreet van 2 mei 1995, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden “college van burgemeester en schepenen” vervangen door het woord “gemeentecollege”;

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° het derde lid wordt vervangen als volgt :

“Het gemeentecollege zendt het schorsingsbesluit aan het centrum en aan de Regering.”

4° in het vierde, vijfde en zesde lid worden de woorden “college van burgemeester en schepenen” telkens vervangen door het woord “gemeentecollege”.

**Art. 7 -** In artikel 112 van dezelfde wet, vervangen bij het decreet van 2 mei 1995, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden “aan de Regering en aan het college van burgemeester en schepenen” vervangen door de woorden “aan het gemeentecollege” en worden de woorden “30 dagen” vervangen door de woorden “40 dagen” en worden de woorden “samenvattende lijst” vervangen door het woord “agenda”;

2° in het tweede lid worden de woorden “de Regering of het college van burgemeester en schepenen” vervangen door de woorden “het gemeentecollege”;

3° in het derde lid worden de woorden “30 dagen” vervangen door de woorden “40 dagen”;

4° in het vierde lid worden de woorden “aan het college van burgemeester en schepenen en aan de Regering” vervangen door de woorden “aan het gemeentecollege”.

**Art. 8 -** (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 9 -** In het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt een artikel 79.1 ingevoegd, luidende :

“Art. 79.1 - Overgangsbepaling

In het kader van het proefproject “gezond Oost-België”, goedgekeurd door het Verzekeringscomité van het Rijksinstituut voor ziekte- en invaliditeitsverzekering op basis van artikel 56, § 2, eerste lid, 3°, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen gecoördineerd op 14 juli 1994, kan de raad van bestuur in zijn huishoudelijk reglement beslissingsbevoegdheden overdragen aan een daartoe op te richten conferentie van dienstverrichters.

De bevoegdheidsoverdracht is beperkt tot de duur van het proefproject vermeld in het eerste lid. Uiterlijk bij het verstrijken of de vroegtijdige beëindiging van het proefproject vervallen van rechtswege alle bevoegdheden die op grond van deze bepaling werden overgedragen.

In afwijking van het eerste lid kunnen bevoegdheden die op grond van artikel 102, § 1, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap aan de raad van bestuur werden toegekend, niet overgedragen worden aan de conferentie van dienstverrichters.”

*Afdeling 5 — Slachtofferhulp*

**Art. 10** - Artikel 1 van het decreet van 26 september 2016 betreffende de slachtofferhulp en de gespecialiseerde slachtofferhulp wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende :

“3° Richtlijn (EU) 2017/541 van het Europees Parlement en de Raad van 15 maart 2017 inzake terrorismebestrijding en ter vervanging van Kaderbesluit 2002/475/JBZ van de Raad en tot wijziging van Besluit 2005/671/JBZ van de Raad.”

**Art. 11** - In artikel 7 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 5°, *b)*, worden de woorden “en slachtoffers van geweld in hechte relaties” vervangen door de woorden “slachtoffers van geweld in hechte relaties en terrorismeslachtoffers”;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 9°, luidende :

“9° ze bieden de terrorismeslachtoffers hulp bij eisen tot schadeloosstelling.”

**Art. 12** - Artikel 8 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin :

“De bijstand moet eenvoudig toegankelijk zijn en zolang dat noodzakelijk is ter beschikking staan van de terrorismeslachtoffers.”

**Art. 13** - (geldt alleen voor de Duitse tekst).

HOOFDSTUK 2. — *Culturele aangelegenheden**Afdeling 1 — Cultuur*

**Art. 14** - In artikel 16, § 1, eerste lid, 4°, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden “31 maart” vervangen door de woorden “30 juni”.

**Art. 15** - In artikel 18, § 1, eerste lid, 4°, van hetzelfde decreet worden de woorden “31 maart” vervangen door de woorden “30 juni”.

**Art. 16** - In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt het getal “80” vervangen door het getal “100”;

2° in de inleidende zin van het tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de woorden “Het restbedrag wordt alleen uitbetaald als de voor de ondersteuning noodzakelijke documenten binnen drie maanden na het einde van het project of van de culturele activiteiten bij de Regering zijn ingediend.” vervangen door de woorden “De voor de ondersteuning noodzakelijke documenten worden binnen drie maanden na het einde van het project of van de culturele activiteiten bij de Regering ingediend.”

3° het tweede lid, 3°, wordt opgeheven;

4° het derde lid wordt opgeheven;

5° in het vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de woorden “het eerste tot het derde lid” vervangen door de woorden “het eerste en het tweede lid” en worden de woorden “van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “van Oost-België”.

**Art. 17** - Artikel 22 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

“Voor de ondersteuning wordt daarbij in het bijzonder prioriteit gegeven aan:

1° cultuurprojecten in scholen die het culturele inzicht en in het bijzonder de culturele creativiteit van de leerlingen en van de schoolgemeenschap duurzaam stimuleren;

2° cultuurprojecten die tot doel hebben de toegang tot culturele activiteiten voor kansarme bevolkingsgroepen te vergemakkelijken.”

**Art. 18** - In hoofdstuk 3 van hetzelfde decreet worden de afdelingen 3 en 4, die de artikelen 25 tot 30 bevatten en die door het decreet van 22 februari 2016 gewijzigd werden, opgeheven.

**Art. 19** - In het opschrift van hoofdstuk 3, afdeling 7, van hetzelfde decreet worden de woorden “van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “van Oost-België”.

**Art. 20** - In artikel 39 van hetzelfde decreet worden de woorden “van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “van Oost-België”.

**Art. 21** - In artikel 40 van hetzelfde decreet worden de woorden “van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “van Oost-België”.

**Art. 22** - In artikel 43, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “van de Duitstalige Gemeenschap” vervangen door de woorden “van Oost-België”.

**Art. 23** - In artikel 43.3, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017, wordt de tweede zin opgeheven.

**Art. 24** - Artikel 68, eerste lid, 3°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 25** - In artikel 70, § 2, van hetzelfde decreet wordt het woord “zes” vervangen door het woord “twee”.

**Art. 26** - In artikel 71 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het tweede lid wordt vervangen als volgt :

“De subsidie bedraagt 30 euro per deelnemend lid en is beperkt tot hoogstens 1.250 euro en tot 50 % van de reiskosten.”

2° het derde lid wordt vervangen als volgt :

“In afwijking van het tweede lid bedraagt de subsidie voor kinderkoren 50 euro per deelnemend lid en is de subsidie beperkt tot maximaal 2.000 euro en tot 80 % van de reiskosten.”

**Art. 27** - In artikel 74, 8°, van hetzelfde decreet worden de woorden "31 maart" vervangen door de woorden "30 juni".

**Art. 28** - (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 29** - Artikel 96 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een § 5, luidende :

" § 5 - Voor de toepassing van artikel 17, § 3, en artikel 19, § 6, wordt de aftrek van de subsidies die worden toegekend krachtens het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers berekend op basis van de volgende bedragen voor de op 31 december 2017 van toepassing zijnde categorieën van gesubsidieerde contractuelen :

- 1° voor gesubsidieerde contractuelen van categorie A : 2.500 euro;
- 2° voor gesubsidieerde contractuelen van categorie B1 : 6.448 euro;
- 3° voor gesubsidieerde contractuelen van categorie B2 : 11.606 euro;
- 4° voor gesubsidieerde contractuelen van categorie B3 : 19.343 euro;
- 5° voor gesubsidieerde contractuelen van categorie C : 21.922 euro."

#### *Afdeling 2 — Jeugd*

**Art. 30** - In artikel 43, eerste lid, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de eerste zin worden de woorden "de artikelen 13, 21 en 28, § 2," vervangen door de woorden "artikel 45";

2° in de tweede zin worden de woorden "Die cursussen moeten om de drie jaar" vervangen door de woorden "Bij een voltijdse betrekking moeten die cursussen om de drie jaar";

3° het eerste lid wordt aangevuld met de volgende zin :

"Bij een deeltijdse betrekking is het minimale aantal uren voortgezette opleiding evenredig aan de effectief gepresteerde arbeidstijd."

**Art. 31** - Artikel 44, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

#### *Afdeling 3 — Sport*

**Art. 32** - In artikel 48, eerste lid, van het Sportdecreet van 19 april 2004, vervangen bij het decreet van 2 maart 2015, worden de woorden "het decreet van 16 januari 2012 ter bestrijding van doping in de sport" vervangen door de woorden "het decreet van 22 februari 2016 betreffende de bestrijding van doping in de sport".

#### HOOFDSTUK 3. — *Onderwijs*

**Art. 33** - Artikel 6.2, 2°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, wordt aangevuld met een bepaling onder *f*), luidende :

"f) adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme".

**Art. 34** - In artikel 6.3, § 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° de paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende :

"5° adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme : het bekwaamheidsbewijs vermeld in § 1, 4°."

**Art. 35** - In titel 6, ondertitel 3, van hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk 4 ingevoegd, dat artikel 6.43.1 omvat, luidende :

"Hoofdstuk 4 - Overname van personeelsleden

Art. 6.43.1 - Overname

§ 1 - De raad van bestuur kan een betrekking bezetten door een personeelslid over te nemen van een administratieve overheid bedoeld in artikel 14 van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, hierna de 'overdragende instantie' genoemd.

Het personeelslid van de overdragende instantie kan op eigen verzoek in ongeacht welk ambt overgenomen worden als vastbenoemd personeelslid van het centrum indien :

1° het over te nemen personeelslid bij de overdragende instantie vastbenoemd is;

2° het over te nemen personeelslid op het tijdstip van de overname voldoet aan de toelatingsvoorwaarden voor het ambt waarin het na de overname benoemd dient te worden, met uitzondering van de bepalingen over de sollicitatieprocedure.

Indien het over te nemen personeelslid in het ambt van directeur als vastbenoemd personeelslid overgenomen wordt, levert dat personeelslid, naast de voorwaarden vermeld in het eerste lid, het bewijs dat het op het tijdstip van de overname al minstens vijf jaar een leidinggevende functie in de overdragende instantie bekleedt en management- en leidinggevende taken uitoefent.

Bij een overname geschieden de ontslagneming van het personeelslid bij de overdragende instantie en de vaste benoeming door de raad van bestuur zonder onderbreking in de tijd.

§ 2 - Het overgenomen personeelslid wordt bezoldigd op basis van de geldelijke anciënniteit van de overdragende instantie, indien de geldelijke anciënniteit die het personeelslid met toepassing van de bepalingen van de overnemende instantie heeft, niet minstens even hoog is.

Indien de wedde en toelagen van het overgenomen personeelslid met toepassing van artikel 6.87 en de titels II.1 tot II.3 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep lager is dan de wedde en toelagen die het vóór de overname in de overdragende instantie heeft ontvangen, dan wordt dat personeelslid verder bezoldigd op basis van de weddeschaal en toelagen van de overdragende instanties tot het met toepassing van artikel 6.87 en de titels II.1 tot II.3 van het decreet van 21 april 2008 een minstens even hoge wedde ontvangt.”

**Art. 36** - Het opschrift van titel 6, ondertitel 10, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

“Ondertitel 10 - Bijzondere bepalingen voor selectie- en bevorderingsambten”

**Art. 37** - In artikel 6.79 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 6° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° er wordt een bepaling onder 7° ingevoegd, luidende :

“7° het ambt van adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme, die in deze ondertitel ‘adjunct’ wordt genoemd.”

**Art. 38** - In artikel 6.80, eerste lid, 2°, b), van hetzelfde decreet worden de woorden “5°” vervangen door de woorden “5° en 7°”.

**Art. 39** - In artikel 6.83 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2, derde lid, worden de woorden “resp. het hoofd van een lokale vestiging” vervangen door de woorden “, het hoofd van een lokale vestiging resp. de adjunct”;

2° in § 2, vierde lid, worden de woorden “resp. het hoofd van een lokale vestiging” vervangen door de woorden “, het hoofd van een lokale vestiging resp. de adjunct”;

3° in § 3, tweede lid, worden de woorden “hoofd van een lokale vestiging” vervangen door de woorden “hoofd van een lokale vestiging of adjunct”.

**Art. 40** - In artikel 6.84, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “resp. het hoofd van een lokale vestiging” vervangen door de woorden “, het hoofd van een lokale vestiging resp. de adjunct”.

**Art. 41** - In artikel 6.85, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden “of een coördinator” vervangen door de woorden “, een coördinator of een adjunct” en worden de woorden “van de in artikel 6.84 vermelde verloven of terbeschikkingstellingen” vervangen door de woorden “hem toegekend verlof of hem toegekende terbeschikkingstelling”.

**Art. 42** - In artikel 6.86 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden “de hoofden van de lokale vestigingen” vervangen door de woorden “, de hoofden van de lokale vestigingen en de adjunct”;

2° in § 1, derde lid, worden de woorden “resp. het hoofd van een lokale vestiging” vervangen door de woorden “, het hoofd van een lokale vestiging resp. de adjunct”;

3° in § 2, eerste lid, worden de woorden “resp. het hoofd van een lokale vestiging” vervangen door de woorden “, het hoofd van een lokale vestiging resp. de adjunct”.

**Art. 43** - Artikel 6.87, § 1, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

“Tijdens zijn aanstelling ontvangt de adjunct een wedde die berekend wordt met toepassing van de titels II.1 tot II.3 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep.”

**Art. 44** - Titel 6, ondertitel 11, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met een artikel 6.94.1. luidende :

“Art. 6.94.1- Adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme

De opdracht van de adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme omvat de volgende taken :

1° het individuele advies-en preventiewerk verzorgen voor risicojongeren en hun familieleden, alsook voor alle anderen die om raad vragen;

2° informatiesessies en workshops organiseren in het kader van het primaire en secundaire preventiewerk voor netwerkpartners en aanvragende instellingen zoals onderwijsinstellingen of politieke gremia;

3° ondersteuning bieden om de preventie van radicalisme met bereidheid tot geweld zo breed en zo geïntegreerd mogelijk aan te pakken en relevante actoren zoals de gemeenten van het Duitse taalgebied, de dienst “Info Integration”, het justitiehuis, de departementen Jeugd, Jeugdbijstand, Gezin en Sociale Aangelegenheden, alsook Pedagogie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, de geloofsgemeenschappen in de Duitstalige Gemeenschap en de lokale politie te laten netwerken;



4° de strategie ter preventie van gewelddadig radicalisme in de Duitstalige Gemeenschap projectgericht en administratief begeleiden;

5° de *public relations* omtrent preventie van gewelddadig radicalisme in de Duitstalige Gemeenschap projectgericht verzorgen;

6° de Duitstalige Gemeenschap vertegenwoordigen in verscheidene werkgroepen en deelnemen aan vergaderingen en gremia zoals de lokale integrale veiligheidscellen;

7° voortgezette opleidingen organiseren in samenwerking met de relevante netwerkpartners;

8° permanent zoeken naar tools en methoden ter preventie van radicalisering met bereidheid tot geweld;

9° meewerken aan interne en externe evaluaties van projecten betreffende de bevordering van de gezonde ontwikkeling en het werk van het centrum;

10° zich permanent bijscholen en voortgezette opleiding volgen;

11° taken uitvoeren die het centrum in staat stellen zijn opdracht te vervullen.”

**Art. 45** - In artikel 7.4 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift worden de woorden “Communicatie en Public Relations” opgeheven;

2° de woorden “wordt één betrekking in het ambt van adjunct Communicatie en Public Relations” worden vervangen door de woorden “worden twee betrekkingen in het ambt van adjunct”.

**Art. 46** - Titel 7, ondertitel 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 20 februari 2017, wordt aangevuld met een artikel 7.4.1, luidende : “Art. 7.4.1- Adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme

In het centrum wordt één betrekking in het ambt van adjunct voor preventie van gewelddadig radicalisme opgericht.”

#### HOOFDSTUK 4. — *Werkgelegenheid*

**Art. 47** - In artikel 339 van de programmawet (I) van 24 december 2002, vervangen bij het decreet van 20 februari 2017, wordt tussen het eerste en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een nieuw lid ingevoegd, luidende :

“Met behoud van de toepassing van de voorwaarden vermeld in het eerste lid wordt geen doelgroepvermindering toegekend als de werknemer in het volledige kwartaal geen effectieve arbeidsprestaties levert, behalve in geval van schorsing van de uitvoering van de arbeidsovereenkomst als vermeld in de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten of in geval van de door de werkgever toegestane vrijstelling van prestaties tijdens de periode van opzegging vermeld in artikel 37 van de voormelde wet.”

#### HOOFDSTUK 5. — *Lokale besturen*

**Art. 48** - Artikel L4112-3 van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

“Art. L4112-3 - Kandidaat

Personen die zich kandidaat stellen voor de verkiezingen met als doel gekozen te worden, worden kandidaten genoemd. De kandidaten kunnen opkomen op een lijst van kandidaten of met een alleenstaande kandidatuur.”

**Art. 49** - Artikel L4112-4, § 2, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

“§ 2 - De lijst van kandidaten omvat de personen die door een politieke partij gekozen worden om naar de gunst van de kiezers te dingen. Elke alleenstaande kandidatuur wordt als een onvolledige lijst beschouwd.

Als enige lijst wordt de in het eerste lid omschreven lijst van kandidaten beschouwd waar geen enkele andere lijst tegenover staat.”

**Art. 50** - In artikel L4121-3 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, 1°, wordt vervangen als volgt :

“1° de beschermde personen die krachtens artikel 492/1 van het Burgerlijk Wetboek uitdrukkelijk onbekwaam verklaard zijn om hun politieke rechten uit te oefenen en de personen die geïnterneerd zijn overeenkomstig de bepalingen van de wet van 5 mei 2014 betreffende de internering.

De kiesonbekwaamheid houdt op tegelijkertijd als het einde van de onbekwaamheid krachtens artikel 492/4 van het Burgerlijk Wetboek of als de definitieve invrijheidsstelling van de geïnterneerde.”

2° § 1, 3°, wordt opgeheven.

**Art. 51** - Artikel L4122-5, § 6, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

“Op de exemplaren of afschriften van het kiezersregister waarvan uitgifte is gedaan overeenkomstig dit artikel mag geen enkele melding worden gemaakt van hun identificatienummer in het Rijksregister der natuurlijke personen.”

**Art. 52** - In artikel L4122-7, § 2, eerste lid, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden “1 september” vervangen door de woorden “10 september”.

**Art. 53** - In artikel L4124-1, § 6, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden “zij vermelden eveneens de bepalingen betreffende de reiskosten van de kiezers, bepaald in artikel L4136-2, § 2, 3°.” vervangen door de woorden “zij vermelden eveneens de bepalingen betreffende de raadpleging door de kiezers van het verslag over de uitgaven van de politieke partijen voor kiespropaganda bepaald in artikel L4131-2, § 2, derde lid, en van de aangiften inzake verkiezingsuitgaven van de kandidaten bepaald in artikel L4131-4, § 2, evenals de bepalingen betreffende de reiskosten van de kiezers bepaald in artikel L4136-2, § 2, 3°.”;

2° in het derde lid worden de woorden „, het identificatienummer in het Rijksregister van de natuurlijke personen en, in voorkomend geval, de naam van de echtgenoot/-genote” opgeheven.

**Art. 54** - In artikel L4125-3 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 2 wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende :

“De voorzitter van het districtbureau deelt uiterlijk op 30 juni de identiteit en de contactgegevens van de aangewezen voorzitters aan de Regering mee.”

2° paragraaf 3, eerste lid, wordt aangevuld met de volgende zin :

“Hij deelt onmiddellijk hun identiteit en hun contactgegevens aan de Regering mede.”

**Art. 55** - In artikel L4125-5 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 4 wordt aangevuld met de volgende zin :

“Hij deelt onmiddellijk hun identiteit en hun contactgegevens aan de Regering mede.”

2° paragraaf 5, tweede lid, wordt aangevuld met de volgende zin :

“Hij deelt onmiddellijk hun identiteit en hun contactgegevens aan de Regering mede.”

**Art. 56** - Artikel L4132-1, § 4, van hetzelfde wetboek, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2016, wordt vervangen als volgt :

“ § 4 - Teneinde te mogen stemmen, overhandigt de gemachtigde aan de voorzitter van het stembureau waar de volmachtgever had moeten stemmen, de volmacht en één van de in paragraaf 1 vermelde attesten en toont hij hem zijn identiteitskaart en zijn oproepingsbrief waarop de voorzitter vermeldt: “heeft bij volmacht gestemd”.”

**Art. 57** - Artikel L4133-1, § 3, van hetzelfde wetboek, opgeheven bij het decreet van 21 november 2016, wordt hersteld als volgt :

“ § 3 - De Regering kan andere modaliteiten voor de toepassing van die bepaling vaststellen.”

**Art. 58** - In artikel L4133-2 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006 en gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 3, derde lid, wordt aangevuld met de volgende zin :

“De stembureauvoorzitter vermeldt op de oproeping van de begeleider “heeft de rol van begeleider uitgeoefend”.”;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende :

“ § 5 - De Regering kan andere modaliteiten voor de toepassing van die bepaling vaststellen.”

**Art. 59** - (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 60** - Artikel L4134-5, tweede lid, van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

“Ze mogen in geen enkel geval houder zijn van een volmacht, noch begeleider zijn van andere kiezers in de kieskring waarin ze hun functie uitoefenen.”

**Art. 61** - In artikel L4142-7 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006 en gewijzigd bij de decreten van 21 februari 2013 en 21 november 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt :

“2° op een lijst mag het verschil tussen het aantal kandidaten van elk geslacht niet groter zijn dan één.”

2° in het tweede lid worden de woorden “van vorig lid” vervangen door de woorden “van dit artikel”.

**Art. 62** - In artikel L4142-14 van hetzelfde wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, wordt tussen het woord “schrijven” en het woord “gestuurd” de woorden “of door elk ander middel waarvan het ontvangstbewijs geacteerd kan worden” ingevoegd.

**Art. 63** - In hetzelfde wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 21 november 2016, wordt een artikel L4142-47 ingevoegd, luidende :

“Art. L4142-47 - Een kandidaat wordt op een enkele lijst opgenomen.

Niemand mag tegelijkertijd een akte waarbij de bescherming van een afkorting of logo wordt aangevraagd, tekenen en als kandidaat voorkomen op een lijst die een andere afkorting of een ander logo gebruikt.

De kandidaat die de verbodsbepalingen bedoeld in het eerste en tweede lid overtreedt, kan gestraft worden met een gevangenisstraf van acht tot vijftien dagen of met een geldboete van 26 tot 200 euro. Zijn naam wordt van alle lijsten waarin hij is opgenomen, geschrapt.”

**Art. 64** - In artikel L4145-3 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 2 wordt opgeheven;

2° in paragraaf 3 worden tussen de woorden “Wanneer een kandidaat” en de woorden “op de dag van de stemming of daarna” de woorden “tussen de definitieve afsluiting van de lijsten en de dag van de stemming of” ingevoegd.

**Art. 65** - In artikel 1, eerste lid, van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied, gewijzigd bij de decreten van 15 maart 2010 en 2 maart 2015, worden tussen het woord “gemeenten,” en het woord “politiezonen” de woorden “openbare centra voor maatschappelijk welzijn,” ingevoegd.

**Art. 66** - In artikel 2, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 19 mei 2008, 15 maart 2010 en 2 maart 2015, wordt tussen de woorden "de burgemeester," en de woorden "de politieraad," de woorden "de raad voor maatschappelijk welzijn, het vast bureau en de voorzitter van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn," ingevoegd.

**Art. 67** - In artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 27 april 2009 en 15 maart 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden tussen de woorden "door de gemeenteraad," en de woorden "de politieraad" de woorden "de raad voor maatschappelijk welzijn, het vast bureau van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn," ingevoegd;

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"De agenda van de raad voor maatschappelijk welzijn resp. van het vast bureau van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn omvat niet de beslissingen over de toekenning of terugvordering van een individuele ondersteuning."

**Art. 68** - Artikel 8, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 maart 2010 en gewijzigd bij de decreten van 14 februari 2011 en 22 februari 2016, wordt aangevuld met de bepalingen onder 8° en 9°, luidende :

8° het huishoudelijk reglement;

9° de personeelsformaties, de begrotingen, de begrotingswijzigingen en de rekeningen van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn en van de kerkfabrieken."

**Art. 69** - In artikel 12 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, worden de woorden "Onverminderd de toepassing van hoofdstuk III" vervangen door de woorden "Met behoud van de toepassing van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn en van het decreet van 19 mei 2008 betreffende de materiële organisatie en de werking van de erkende erediensten".

#### HOOFDSTUK 6. — *Toerisme*

**Art. 70** - (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 71** - Artikel 26 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 26 - Opleggen van administratieve geldboetes

§ 1 - Er wordt een administratieve geldboete van minstens 250 euro en hoogstens 25.000 euro opgelegd aan wie :

1° een toeristisch verblijf exploiteert en daarbij de artikelen 10 en 11 overtreedt;

2° een van de in artikel 12 vermelde herkenningstekens gebruikt dat niet overeenstemt met de classificatie van het toeristische verblijf;

3° reclame maakt voor een toeristisch verblijf met een valse classificatie;

4° de inspectie vermeld in artikel 25 weigert of belemmert.

Indien binnen vijf jaar na opmaak van het proces-verbaal vermeld in artikel 25, § 1, eerste lid, een nieuwe overtreding wordt vastgesteld, wordt de geldboete vermeld in het eerste lid verdubbeld.

§ 2 - Vanaf de ontvangst van het proces-verbaal vermeld in artikel 25, § 1, eerste lid, heeft de Regering zes maanden de tijd om een administratieve geldboete op te leggen.

§ 3 - Indien de Regering beslist om een administratieve procedure in te stellen, deelt ze de overtreder per aangetekende brief het volgende mee :

1° de daden en de kwalificatie ervan;

2° dat de overtreder zijn verweermiddelen naar voren kan brengen binnen een termijn van vijftien kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van de kennisgeving per aangetekende brief en dat hij daarbij het recht heeft om de Regering om een mondelinge verdediging te verzoeken;

3° dat de overtreder het recht heeft zich door een raadsman te laten bijstaan of te laten vertegenwoordigen;

4° dat de overtreder recht op inzage in het dossier heeft;

5° een afschrift van het proces-verbaal van vaststelling.

De Regering bepaalt de dag waarop de overtreder verzocht wordt zich mondeling te verdedigen.

§ 4 - De Regering kan de administratieve geldboete opleggen na het verstrijken van de termijn bepaald in § 3, 2°, of - als de overtreder meedeelt dat hij de daden niet betwist of als de overtreder of diens raadsman de zaak mondeling of schriftelijk heeft verdedigd - vóór het verstrijken van die termijn.

De Regering brengt haar beslissing per aangetekende brief ter kennis van de overtreder.

De kennisgeving bevat ook de inlichtingen vermeld in artikel 9, § 1, artikel 10 en artikel 12 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 5 - De beslissing om een administratieve geldboete op te leggen is uitvoerbaar na het verstrijken van een termijn van dertig kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van kennisgeving, tenzij overeenkomstig § 6 beroep wordt ingesteld.

De administratieve geldboete wordt geïnd ten gunste van de Duitstalige Gemeenschap.

De administratieve geldboete wordt vereffend binnen dertig kalenderdagen na de dag waarop de beslissing uitvoerbaar is geworden, door betaling of overschrijving op een rekening van de Regering aan de hand van een betalings- of overschrijvingsformulier.

De opgelegde administratieve geldboete is niet fiscaal aftrekbaar.

§ 6 - Binnen dertig kalenderdagen na kennisgeving van de beslissing kan de overtreder bij verzoekschrift beroep instellen bij de correctionele rechtbank. Het verzoekschrift bevat de identiteit en het adres van de overtreder, de benaming van de aangevochten beslissing en de desbetreffende grieven.

De correctionele rechtbank beslist over de rechtmatigheid en de evenredigheid van de opgelegde geldboete. Ze kan de beslissing van de Regering ofwel bevestigen, ofwel wijzigen.

Tegen de beslissing van de correctionele rechtbank kan geen hoger beroep worden ingesteld."

**Art. 72** - In artikel 27 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het opschrift van het artikel wordt vervangen als volgt: "Invordering van de administratieve geldboetes";

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° in het tweede lid, 2°, wordt het woord "betrokkene" vervangen door het woord "overtreder".

**Art. 73** - In hetzelfde decreet wordt een artikel 27.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 27.1 - Verjaring van de administratieve geldboetes

De administratieve geldboetes verjaren na verloop van vijf jaar, te rekenen vanaf de datum waarop ze betaald moeten worden.

Die termijn kan gestuit worden, ofwel zoals bepaald in de artikelen 2244 en volgende van het Burgerlijk Wetboek, ofwel door afstand van de verkregen verjaring. Indien de verjaring gestuit wordt, gaat - vijf jaar na de laatste handeling met stuiting van de vorige verjaring - een nieuwe verjaring in die op dezelfde wijze kan worden gestuit als er geen geding aanhangig is."

**Art. 74** - (geldt alleen voor de Duitse tekst).

**Art. 75** - Artikel 29, 9°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

#### HOOFDSTUK 7. — *Infrastructuur*

**Art. 76** - Artikel 45, 5°, van het programmadecreet 2014 van 24 februari 2014, vervangen bij het decreet van 22 februari 2016, wordt vervangen als volgt :

"5° de artikelen 30 tot 38, die in werking treden op 1 januari 2020."

#### HOOFDSTUK 8. — *Financiën en begroting*

**Art. 77** - In artikel 25, § 6, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "30 juni" vervangen door de woorden "31 oktober".

**Art. 78** - In artikel 26, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "30 juni" vervangen door de woorden "31 oktober".

**Art. 79** - In artikel 84.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "30 april" vervangen door de woorden "30 juni";

2° in het tweede lid worden de woorden "15 mei" vervangen door de woorden "15 juli".

**Art. 80** - In artikel 99.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "15 mei" vervangen door de woorden "30 juni";

2° in het tweede lid worden de woorden "31 mei" vervangen door de woorden "15 juli".

**Art. 81** - Titel III van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt aangevuld met een artikel 105.1, luidende :

"Art. 105.1 - Verwijzing naar ondersteuning

De ontvangers van subsidies die structureel of projectgericht uitbetaald worden op grond van decreten, beheerscontracten of overeenkomsten, verwijzen hierbij overeenkomstig de door de Regering vastgestelde regels naar de ondersteuning die ze van de Duitstalige Gemeenschap ontvangen."

#### HOOFDSTUK 9. — *Slotbepalingen*

**Art. 82** - Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt bekendgemaakt, met uitzondering van :

1° de artikelen 5 tot 7, 9, 14, 15, 27, 29, 65 tot 69 en 76, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2018;

2° de artikelen 33 tot 46, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

3° artikel 47, dat in werking treedt op 1 april 2018;

4° artikel 1, dat in werking treedt op 1 januari 2020.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 26 februari 2018.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Zitting 2017-2018

Parlementaire stukken: 218 (2017-2018) Nr. 1 Voorstel van decreet

218 (2017-2018) Nr. 2 + 3 Voorstellen tot wijziging

218 (2017-2018) Nr. 4 Verslag +erratum

Integraal verslag: 26 februari 2018 - Nr. 49 Bespreking en aanneming